

LAND TAGS KURIER



Seite 3:
Debattiert: Gemeinsam
beim Thema Asyl im
Freistaat Sachsen



Seite 14:
Erinnert: 1990 wurde
die erste und letzte
freie Volkskammer
der DDR gewählt



Seite 16:
Informiert: Kuratorium
des Forums Mitteleuropa
tagte in Dresden

Ausgabe
2.15



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

die Themen der vorliegenden Ausgabe machen einerseits deutlich, wo einige der gesellschaftlichen Herausforderungen in Sachsen liegen. Andererseits weisen sie darauf hin, dass der Landtag alle Möglichkeiten nutzt, um der Verantwortung des Freistaates innerhalb der Europäischen Union gerecht zu werden.

In den Aktuellen Debatten der 9. und 10. Plenarsitzung haben die Abgeordneten über Asyl, Renten, Stasi-Aufarbeitung und Energiepolitik diskutiert. Nicht umsonst geben wir dem ersten Thema besonders viel Raum, weil es in der politischen Diskussion und in der öffentlichen Wahrnehmung gleichermaßen auf der Tagesordnung steht und diese auch weiterhin maßgeblich mitbestimmen wird.

Vor dem Hintergrund des Flüchtlingselends infolge der kriegerischen Auseinandersetzungen vor allem in der islamischen Welt brauchen wir in Sachsen eine Asylpolitik, die den Opfern von Krieg und Gewalt, von Verfolgung und Unterdrückung zugute kommt.

Angesichts der enorm angestiegenen Zahl der Asylanträge muss gewährleistet sein, dass schnellstmöglich Entscheidungen getroffen werden, damit die Rückführung von Asylbewerbern ohne Anspruch auf Asyl erfolgen und gleichzeitig die Integration von asylberechtigten Bewerbern zügig beginnen kann. Diese Entscheidungen können nicht auf morgen vertagt werden, deshalb ist die Bündelung der Kräfte aller Aufgabenträger erforderlich. Das gilt für Sachsen und für die Europäische Union erst recht.

Die Herausforderungen der Globalisierung und des demografischen Wandels machen an den Grenzen Europas nicht halt. Seit Sachsen vor 25 Jahren als Staat in die Mitte Europas zurückgekehrt ist, nimmt es seine Verantwortung im europäischen Kontext in immer stärkerem Maße wahr. Dafür steht der Sächsische Landtag, wie die vorliegende Ausgabe des Landtagskuriers zeigt, mit dem Forum Mitteleuropa, dem Europaausschuss und dem Vorsitz der deutschen Delegation im Ausschuss der Regionen weit über die aktuellen Tagesereignisse hinaus ein.

Dr. Matthias Röbler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

9. Sitzung des Sächsischen Landtags
Einigkeit beim Thema Asyl
CDU und SPD wollen Ergebnisse des Lenkungsausschusses konsequent umsetzen..... 4
9. Sitzung des Sächsischen Landtags
Rentenmauer einreißen!
DIE LINKE will jetzt endlich die Lebensleistungen aller gewürdigt sehen 8
10. Sitzung des Sächsischen Landtags
Tillich-Brief im Visier
GRÜNE hinterfragen Äußerungen des Ministerpräsidenten gegenüber Schweden 9
10. Sitzung des Sächsischen Landtags
Nicht Rache, sondern Gerechtigkeit
25 Jahre »Gauck-Behörde« –
Die Abgeordneten zogen Bilanz 10

HINTERGRUND

- Lenkungsausschuss..... 7

EIN TAG MIT ...

- »Ich bin mehr auf der Suche, als dass ich Antworten hätte«
Ein Tag mit Klaus Tischendorf, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses 12

GESCHICHTE

- Die Wahl zur Volkskammer**
Vor 25 Jahren 14

EUROPA

- »Das Europa, das wir kennen, gibt es nicht mehr«
Ein Ausblick im Rückblick..... 16
- TTIP verhandeln oder stoppen?**
Der Europaausschuss informiert sich aus erster Hand in Brüssel 18

SONDERTHEMA

- Wegbereiter der friedlichen Revolution in Leipzig**
Uwe Schwabe..... 20

GESCHICHTE

- Die Höflichkeit des Abgeordneten**
Tagebucheintragungen zum Landtag 1824 22

SERVICE

- Weitere Informationen 24

Aktuelle Stunde zum Thema Asyl

// Mit der Umsetzung des vom Lenkungsausschuss Asyl erarbeiteten Maßnahmenkataloges befassten sich die Abgeordneten während der 9. Sitzung des Sächsischen Landtags in einer Aktuellen Stunde. Dabei ging es besonders um das Thema, wie die Kommunen effizient bei der Bereitstellung von Unterkünften für Asylbewerber zu unterstützen seien. //



Fotos: S. Giersch

Uwe Nösner

Einigkeit beim

// In der Aktuellen Stunde der 9. Sitzung am 11. März 2015 debattierten die Abgeordneten über das Thema Asyl. In der von ihnen beantragten Debatte sprachen sich die Fraktionen der CDU und der SPD für eine konsequente Umsetzung der Ergebnisse des Lenkungsausschusses aus. Damit standen sie nicht allein. Lesen Sie auch die Hintergrundinformationen auf Seite 5. //

In den ersten beiden Monaten dieses Jahres, so Christian Hartmann, CDU, seien 25.000 Asylsuchende nach Deutschland gekommen, doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. In Sachsen habe sich die Zahl der Asylbewerber sogar fast verdreifacht. Allein diese Größenordnungen zeigten, welche enormen Herausforderungen es auf Bundes- und Landesebene, besonders aber auf kommunaler Ebene zu bewältigen gelte. Deshalb gebühre sein Dank und Respekt vor allem den Kommunen, die jetzt die schwierige Arbeit hätten, die

Asylbewerber unterzubringen und für Verständnis bei den Bürgern zu werben. Das vom Lenkungsausschuss Asyl be-

schlossene Maßnahmenpaket sei eine wichtige Unterstützung für die Kommunen. Zugleich wies er darauf hin, dass im

Doppelhaushalt 2015/2016 viermal so viele Mittel für Asyl geplant seien wie 2011/2012.



Nur miteinander

Die SPD-Fraktion sieht die Lösung der Probleme bei der Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Sachsen auf einem guten Weg. Albrecht Pallas machte allerdings deutlich, dass Integration nur im Miteinander gelingen werde. An der Lösung dieser Gesamtaufgabe arbeiteten auch



CDU und SPD wollen Ergebnisse des Lenkungsausschusses konsequent umsetzen

Thema Asyl



// Christian Hartmann

// Albrecht Pallas

// Rico Gebhardt

// Dr. Kirsten Muster

// Petra Zais

alle mit, angefangen von der Staatsregierung über die Kommunen, die Landkreise und kreisfreien Städte bis zu ehrenamtlichen Unterstützerinitiativen in der Region. Die Maßnahmen, die der Lenkungsausschuss für den Bereich des Innenministeriums getroffen habe, trügen der Tatsache einer derzeit extrem hohen Dynamik im Bereich der Migration nach Deutschland Rechnung. Deshalb sei es notwendig, die Kommunen stärker als bisher bei der Schaffung

von Unterbringungsmöglichkeiten zu unterstützen.

Atmosphäre vergiftet

Rico Gebhardt, DIE LINKE, erklärte, dass die Koalition seit Monaten eine Serie von Ankündigungen produziere wie nunmehr das Versprechen, Kommunikation und Prozess-Steuerung optimieren und beschleunigen zu wollen. Den Widerspruch zwischen Wort und Tat beleuchtete

schlaglichtartig das Zitat aus dem Interview von Innenminister Ulbig am 29. November mit der »Freien Presse«. Dort habe der Minister versprochen, keine Turnhallen zu Unterkünften umfunktionieren zu wollen. In Schneeberg, Kamenz und Meißen sei genau dies mittlerweile geschehen. Schlimmer noch: Die CDU-Fraktion verbreite Hand in Hand mit Pegida Angst und Schrecken und vergifte vorsätzlich die Atmosphäre. So habe Sebastian Fischer mit Blick auf

das Flüchtlings-Protestcamp vor der Semperoper noch vor einem Verwaltungsgerichtsurteil dessen Räumung gefordert.

Rechtswidrig

Ihre Fraktion, so Dr. Kirsten Muster, AfD, kritisiere, dass die Staatsregierung vor der Einrichtung einer Stabsstelle für Asyl ein Kompetenzwirrwarr beim Umgang mit Asylbewerbern geschaffen habe, statt sich nach



die Verantwortung für die schnelle Bereitstellung der Erstaufnahmeeinrichtungen in Dresden und Leipzig übernehmen. Aber auch mit der Verharmlosung rassistischer und menschenfeindlicher Vorfälle in Sachsen müsse es ein Ende haben.

Gegen Instrumentalisierung

Der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth rief zu einer sachlichen Diskussion auf. Es sei gefährlich, die Suche nach dem besten Weg für parteipolitische Zwecke zu instrumentalisieren, weil es eine drohende Spaltung der Gesellschaft eher vertiefe und den bestehenden gesellschaftlichen Konsens gefährde. Was das Bleiberecht für Asylbewerber und Flüchtlinge betreffe, so müsse jeder Einzelfall sorgfältig

geprüft werden. Nötig seien weiterhin verbesserte Angebote für Sprachkurse und später die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Die aktive Teilnahme am Arbeitsleben befreie aus der sozialen Isolation und fördere die Integration. Abschließend betonte auch Innenminister Markus Ulbig die Gemeinsamkeit der Herausforderungen, denen die Integrationsministerin Petra Köpping und er selbst jetzt gegenüberstünden. Ihm sei es bei der Lösung der Probleme besonders wichtig, die Kommunen mit der Städtebauförderung in die Lage zu versetzen, Wohnungen zur Verfügung stellen zu können, um das Konzept der dezentralen Unterbringung zu realisieren. Wenn allerdings kein Bleiberecht, sondern eine Ausreisepflicht vorliege, dann müsse diese schneller und konsequenter als bisher umgesetzt werden.

dem Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz zu richten. Es regle die Aufnahme, Unterbringung und Verteilung von Asylbewerbern sowie die Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Nach Paragraf 2 sei das Innenministerium die oberste und alleinige Unterbringungsbehörde. Infolge des Beschlusses zur Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien vom 17. Dezember 2014 sei für das Asylbewerberleistungsgesetz jetzt ausschließlich die Integrationsministerin zuständig. Diese interne untergesetzliche Zuständigkeitsabgrenzung widerspreche dem Wortlaut des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und sei damit rechtswidrig.

wie es die Regierungsfaktionen täten. Es sei ein Anfang, mehr nicht. Vieles sei längst überfällig gewesen. Bei den Verbesserungen in der sozialen Betreuung sei ihre Fraktion auf der Seite der Koalition, obwohl hinsichtlich der Finanzierung Zweifel bestünden. Der Haushalt werde die Nagelprobe für die Ernsthaftigkeit dieses Vorhabens sein. Das Chaos der letzten Monate bezeichnete sie als hausgemacht und dem Versagen von Innenminister Markus Ulbig geschuldet. Dieser müsse endlich

Haushalt Nagelprobe

Petra Zais, GRÜNE, begrüßte die Maßnahmen des Lenkungsausschusses zwar, konnte diese aber bei Weitem nicht so feiern,



// Markus Ulbig

Die Städtebauförderung soll Kommunen in die Lage versetzen, Wohnungen für die dezentrale Unterbringung von Asylanten zur Verfügung zu stellen.

Fotos: S. Giersch



Lenkungsausschuss

Foto: S. Giersch

Am 25. Februar 2015 einigte sich das Gremium über ein Paket verschiedener Maßnahmen aus den unterschiedlichen Ressorts:

1. Im Innenministerium wird mit Unterstützung aller Aufgabenträger eine Stabsstelle eingerichtet. Damit werden Kommunikation und Prozesssteuerung optimiert und beschleunigt.
2. Die Bund-Länder-Programme zur Stadtentwicklung können zur dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern in Wohnungen genutzt werden. Zur weiteren Entlastung übernimmt das Land dabei den Eigenanteil der kommunalen Aufgabenträger.
3. Der Freistaat Sachsen beschließt eine Förderrichtlinie »Soziale Betreuung von Flüchtlingen«.
4. Der Freistaat Sachsen setzt sich auf Bundesebene für eine Mittelaufstockung zur Förderung von berufsfördernden Sprachkursen ein. Ziel ist eine

// In der Aktuellen Debatte zum Thema Asyl ging es um die Umsetzung der Ergebnisse des Lenkungsausschusses Asyl. Der Ausschuss wurde auf dem Asyl-Gipfel im November 2014 ins Leben gerufen, um die Bewältigung des Flüchtlingsstromes in Sachsen besser koordinieren zu können. Unter der Leitung von Integrationsministerin Petra Köpping und Innenstaatssekretär Michael Wilhelm gehören ihm neben dem Städte- und Gemeindetag sowie dem Landkreistag auch Vertreter des Bundes und der Hilfsdienste an. //

- schnelle Integration von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt, sobald sie diesem zur Verfügung stehen.
5. Im Rahmen der Richtlinie des sächsischen Innenministeriums zur nachhaltigen sozialen Stadtentwicklung 2014 bis 2020 sollen Städte und Gemeinden bei der Durchführung von Vorhaben zur sozialen Eingliederung und Integration von Menschen in sozial benachteiligten Stadtgebieten gefördert werden.
 6. Die Abläufe zur Gesundheitsprüfung werden weiter optimiert.

7. Der Freistaat Sachsen stellt den kommunalen Aufgabenträgern über Bedarfszuweisungen kurzfristig eine Liquiditätshilfe in Höhe von zehn Millionen Euro zur Verfügung. Damit soll die sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindende vorgesehene Anhebung der Pauschale nach dem Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz vorfinanziert werden.

8. Gemeinsames Ziel der Sächsischen Staatsregierung und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ist, die Bearbeitungszeiten der enorm angestiegenen Anzahl der Asylanträge zu verkürzen. Damit soll gewährleistet werden, dass schnellstmöglich Entscheidungen getroffen werden können, die Rückführung von Asylbewerbern ohne Anspruch auf Asyl erfolgen und gleichzeitig die Integration von asylberechtigten Bewerbern zügig beginnen kann.

Zwei Punkte dieses Maßnahmenkatalogs wurden im Kabinett bereits verabschiedet. Dabei handelt es sich um die Einrichtung der Stabsstelle Asyl im Innenministerium und die Förderrichtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung, die auch für die Sozialarbeit in städtischen Quartieren genutzt werden kann, in denen Flüchtlingsunterkünfte liegen.



www.medien-service.sachsen.de



// Einen Schwerpunkt der 9. Sitzung am 11. März 2015 bildete die Aktuelle Debatte zum Thema Rente. Sie war von der Fraktion DIE LINKE beantragt worden. Ihrer Auffassung nach ist es nach 25 Jahren längst an der Zeit, die Rentenmauer einzureißen und die Lebensleistungen aller zu würdigen. //

9. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Giersch

Uwe Nösner

Rentenmauer einreißen!

Ihrer Fraktion, so Susanne Schaper, DIE LINKE, gehe es um Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland, die schon zu DDR-Zeiten berufstätig gewesen seien und heute doppelt bestraft würden durch geringere Löhne und niedrigere Renten. Es gehe aber auch um diejenigen, die in Zukunft berufstätig seien oder in Rente gingen. Sie könnten noch in 40 Jahren auf ihrem Rentenbescheid nachlesen, dass sie nicht im Westen tätig gewesen seien und deshalb weniger Rente erhalten würden. Ohne gleiches Rentenrecht gebe es keine deutsche Einheit. Dagegen verteidigte Hannelore Dietzschold, CDU, die gesetzliche Rentenversicherung. Sie erinnerte daran, dass diese zu den Stützpfeilern der sozialen Sicherung zähle. Sie zahle nicht nur im Alter, sondern auch beim Verlust von Angehörigen oder bei Erwerbsminderung. Sie habe ihre Aufgaben auch in außergewöhnlichen Situationen wie Kriegen, Währungsreformen oder der Wiedervereinigung erfüllt. Dies sei möglich gewesen, weil sie den Erfordernissen angepasst worden sei und auch weiter angepasst werde.

Frage jetzt aufgreifen

Die Sozialdemokraten, so Henning Homann, SPD, wollten die in den Rentensystemen gestellte Gerechtigkeitsfrage aufgreifen und jetzt den letzten Schritt der Rentenangleichung politisch gestalten. Zum Ende des Solidarpakts, 30 Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit, werde auch der letzte Schritt einer vollständigen Angleichung der Rentenwerte erfolgen. 2016 werde geprüft, ob mit Wirkung von

DIE LINKE will jetzt endlich die Lebensleistungen aller gewürdigt sehen

2017 bereits eine weitere Teilangleichung erfolgen müsse. Detlev Spangenberg, AfD, hob seinerseits das Prinzip der Versicherung, die eigentlich keine Staatsaufgabe und staatliche Leistung sei, bei der Rente hervor. Nur was man verdiene, könne in eine Versicherung eingezahlt werden. Es sei das Privateinkommen des Arbeitnehmers, welches dieser letztendlich, entsprechend dem eingezahlten Betrag, auch als Rente erhalten müsse.

Auf dem Gesetzesweg

Volkmar Zschocke, GRÜNE, warf den LINKEN vor, nach der Angleichung zusätzlich noch eine Hochwertung der Osteinkommen beibehalten zu wollen. Das führe bei gleichen Einkommen unter Umständen aber zu niedrigeren Rentenansprüchen in Westdeutschland. Auf diese Weise könne die »Rentenmauer« nicht eingerissen werden. Der richtige Weg sei ein Rentenüberleitungsabschlussgesetz, welches im Bundestag zu debattieren und zu verabschieden sei. Abschließend betonte auch Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, dass beim Thema Renten und Rentenangleichung die gemeinsame Zielsetzung darin bestehe, eine gerechte Lösung für alle Altersgruppen zu erarbeiten und die Menschen in den östlichen Bundesländern nicht zu benachteiligen.

Tillich-Brief im Visier

GRÜNE hinterfragen Äußerungen des Ministerpräsidenten gegenüber Schweden

// Die 2. Aktuelle Debatte der 10. Sitzung am 12. März trug den Titel »Der ›Tillich-Brief‹ ans schwedische Parlament – Welche Rolle spielt die Staatsregierung beim Vattenfall-Kohleausstieg?«. Sie stand auf Antrag der Fraktion GRÜNE auf der Tagesordnung. Ihr ging es darum klarzustellen, in wessen Interesse der Ministerpräsident im Zusammenhang mit der Braunkohlenutzung in der Lausitz agiert. //

Dr. Gert Lippold, GRÜNE, warf dem Ministerpräsidenten vor, die Energiewende ausge-rechnet mit langfristigen Braunkohlein-vestitionen retten zu wollen. Dieser baue darauf, dass Vattenfall die Investitionen für eine Fort-führung seiner Tagebaue und Kraftwerke unabhängig von den Verkaufsabsichten fort-führe. Tatsächlich aber hätten die einzigen Kriterien in solchen Verfahren die Prüfung aller Antragsunterlagen, Anwendungen und Risikoabschätzungen und die Güterabwägung zwischen den Betroffenen, der Umwelt und dem Gemeinwohl zu sein. Aus Sicht seiner Fraktion, so Lars Rohwer, CDU, wäre es dage-gegen geradezu unverantwortlich gewesen, wenn die Ministerpräsidenten Sachsens und Brandenburgs nicht tätig geworden wären. Die positive Entwicklung für die Lausitz sollte nicht unterbrochen werden. Im Gegenteil müs-se dafür geworben werden, dass Tillich und Woidke ihren Kommunikationsprozess wei-terführten.



10. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: R. Deutscher

Verwunderung

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE, zeigte sich verwun-dert darüber, dass der besagte Brief zum An-lasse genommen werde, diese Aktuelle Debatte auf die Tagesordnung zu setzen. Ihrer Auffas-sung nach gehe es in dem Brief vor allem dar-um, die notwendigen Verwaltungsverfahren zur Fortführung der Tagebaue Welzow-Süd und Nochten zügig zu führen. Angesichts der bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingung seien diese Verfahren aber weder rechtssi-cher umzusetzen noch zu beschleunigen. Der Brief, so Jörg Vieweg, SPD, beschreibe eine Region, die wie keine andere in Sachsen in den letzten Jahren und Jahrzehnten von ein-tem Struktur- und Kulturwandel geprägt wor-den sei. Das blendeten die GRÜNEN vollkom-

men aus. Seine Fraktion stehe dagegen in der Verantwortung für Land und Leute und stimme sich deshalb mit Vattenfall als dem größten Energieversorger und Akteur der Energiewende ab.

Kohle unverzichtbar

Jörg Urban, AfD, erklärte die Nutzung der Braunkohle aus der Lausitz für unverzichtbar. Sie sichere Arbeitsplätze in einer struktur-schwachen Region, in der es keine größeren Unternehmen gebe. Außerdem werde die Braunkohle zur Energielastsicherung benö-tigt. Sie mindere die Folgen der derzeitigen fehlgeleiteten Energiepolitik, die geprägt sei von klimapolitischem Größenwahn. Das Welt-

klima werde nicht in Deutschland, Sachsen oder in der Lausitz gerettet. Die Mehrheit der Menschen in der Lausitz, so Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Ver-kehr, unterstütze die Nutzung der Braunkohle und fordere Investitionssicherheit in der Re-gion. Die betroffenen Gemeinden hätten in den Gemeinderäten Beschlüsse gefasst oder bereiteten diese gegenwärtig vor. Auch aus Sicht der Staatsregierung liege es im Inter-esse Sachsens, die notwendigen Zwischenin-vestitionen vorzunehmen und keinen Abbruch entstehen zu lassen.

www.gruene-fraktion-sachsen.de
(Wortlaut des Briefes von
MP Woidke und Tillich)



DENKMAL FÜR STAATSTERROR

10. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: T. Walther

Nicht Rache, sondern

25 Jahre »Gauck-Behörde« – Die Abgeordneten zogen Bilanz

Uwe Nösner

// Die 1. Aktuelle Debatte der 10. Sitzung des Landtags am 12. März 2015 war von CDU und SPD beantragt worden. Sie stand unter dem Titel »25 Jahre Stasi-Unterlagen-Behörde – Bilanz und Ausblick«. //

Ohne die Arbeit der Stasi-Unterlagen-Behörde, so Hanka Kliese, SPD, wäre es nicht möglich, auch kommenden Generationen die Dimensionen von Repression und Überwachung unter den Bedingungen einer kommunistischen Gewaltherrschaft deut-

lich zu machen. Damit sei der Aktenfundus zugleich ein Mahnmal für die Zukunft. Sie hoffe, dass die differenzierte und wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte ohne Zorn fortgesetzt werde. Forscher in osteuropäischen Ländern wären glück-

lich über eine solche Aktensituation. Diese Vorbildfunktion sollte nicht aufs Spiel gesetzt, sondern bewahrt und weiterentwickelt werden. Nach wie vor verlangten zudem Zehntausende von Menschen jährlich Einsicht in ihre Akten.

Wichtig für Aufarbeitung

Marko Schiemann, CDU, erklärte, dass die Aufarbeitung der SED-Diktatur unter dem Schutz der Staatssicherheit noch längst nicht abgeschlossen sei. Des-

Fotos: R. Deutscher



// Hanka Kliese



// Marko Schiemann



// Sebastian Scheel



// Detlev Spangenberg



// Volkmar Zschocke

halb würden die Behörde für die Stasi-Unterlagen des Bundes wie auch die Außenstellen und die Beauftragten in den Ländern nach wie vor dringend gebraucht. Bei der Aufarbeitung gehe es keineswegs um Rache, sondern um Gerechtigkeit. Es gehe aber auch darum, die Erinnerung wachzuhalten, sich allen Geschichtsverklärungen entgegenzustellen und zu mahnen, dass ein Leben in Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sei. Der Bundesbeauftragte und seine Behörde bildeten bis heute eine wichtige Brücke von der friedlichen Revolution in die deutsche Einheit.

Lehren gezogen

Sebastian Scheel, DIE LINKE, bezeichnete die Zusammengehörigkeit von Freiheitsrechten

Weiter gebraucht!

Noch immer, so auch Detlev Spangenberg, AfD, gebe es ca. 60.000 Anträge pro Jahr auf Akteneinsicht. rund 15.000 Säcke mit Schnipseln seien noch nicht aufgearbeitet. Diese Behörde werde noch längere Zeit benötigt. Die Leute, die für die Stasi gearbeitet hätten, seien heute noch unter uns. Sie dächten noch genauso, könnten aber nicht mehr danach handeln. Dies sei der Erfolg einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Er, Spangenberg, sei selbst Opfer der Stasi gewesen. Es habe einen Teewagen voller Aktenordner über ihn gegeben, sechs Haftstrafen seien damals in seinem Freundes- und Bekanntenkreis verhängt worden.



Die Aufarbeitung muss dort möglich bleiben, wo das Unrecht geschehen ist.

// Sebastian Gemkow

Gerechtigkeit



www.landtag.sachsen.de

und sozialen Rechten als eine der großen Lehren der Geschichte. Vorsicht sei geboten, wenn es um Allmachts-Fantasien von Parteien gehe, wenn Anpassung honoriert und Widerstand gesellschaftlich sanktioniert werde. Aus Sicht seiner Fraktion sei es notwendig und gut gewesen, dass die Akten geöffnet worden seien. Die Opfer von Unterdrückung, Gewalt und Unrecht hätten ein Recht auf die Klärung ihrer eigenen Biografien. Allerdings sei die Frage der Staatssicherheit auch immer wieder zu einem Instrument der Dämonisierung geworden. Die Gleichsetzung von Staatssicherheit und DDR sei ein allzu einfaches Mittel der Auseinandersetzung mit der Deutschen Demokratischen Republik gewesen.

Dank an Mitarbeiter

Volkmar Zschocke, GRÜNE, dankte den Mitarbeitern in den Außenstellen stellvertretend für die Tausenden von Antragstellern. Die Behörde sei auch noch weitere Jahrzehnte dringend nötig, denn die Antragszahlen seien nach wie vor hoch. Noch immer gebe es Opfer, die weder ausreichend Gehör noch Wiedergutmachung erfahren hätten. Es werde deshalb auch künftig eine hohe Fachkompetenz in den Außenstellen nötig sein, die weit über Archivfragen hinausgehe, um das Verstehen der Zusammenhänge zu fördern. Die menschlichen Aspekte der Bewältigung von Geschichte hätten weiterhin eine sehr hohe Bedeutung. Dazu komme die

historische Dimension. Deswegen sei der Zugang zu den Akten auch künftig für die Medien, für die regionale Erinnerungskultur, für Forschung, geschichtliche Aufarbeitung und politische Bildung wichtig.

Für ortsnahe Einsicht

Abschließend machte sich auch Justizminister Sebastian Gemkow für die ortsnahe Einsicht in Stasi-Akten stark. Die Aufarbeitung müsse dort möglich bleiben, wo das Unrecht geschehen sei. Im letzten Jahr seien allein in Sachsen über 17.000 Anträge auf Akteneinsicht in der Stasi-Unterlagen-Behörde eingegangen. Deutschlandweit seien es sogar knapp

70.000 gewesen. Auch im 25. Jahr der deutschen Einheit herrsche ein reges Interesse an den mehr als 111 Kilometer langen Akten und über 1,4 Millionen Fotos. Eine durch die Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission solle Vorschläge erarbeiten, wie und in welcher Form die Aufgaben der Stasi-Unterlagen-Behörde fortzuführen seien. Erste Ergebnisse wolle sie im Frühjahr 2016 vorstellen. Aus Sicht der Sächsischen Staatsregierung sei es unumgänglich, mit der Aufarbeitung auch in den kommenden Jahren fortzufahren. Deutschland müsse seiner geschichtlichen Verantwortung gegenüber Opfern des SED-Unrechts und kommenden Generationen auch weiterhin gerecht werden.



Hans-Peter Maier

// Foto: R. Deutscher

»Ich bin mehr auf der Suche,

Ein Tag mit Klaus Tischendorf, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses

Der Geschäftsführer der Wobek-Bauer GmbH in Stollberg, Bernd Drummer, ist eine Art »Selfmade-man« und für Tischendorf, DIE LINKE, ein angenehmer und wichtiger Gesprächspartner. »Der hält mit seiner Meinung nicht hinterm Berg, sagt auch mal was Unangenehmes und ist integer; mir gefallen solche Leute.«

»Wobek-Bauer« steht für Pulverbeschichtung und – neu – Dekor-Pulverbeschichtung. Er wisse noch sehr gut, wie er vor rund 25 Jahren einen Kredit von 500.000 DM für die Firma hätte aufnehmen müssen und wie ihm damals »die Muffe gegangen« sei. An solche Summen sei der »gelernte DDR-Bürger«, wie er sich selbst bezeichnet, nicht gewöhnt gewesen.

Heute mache ihm der Mindestlohn zu schaffen. Natürlich sei er wichtig, um »schiefen Strukturen« etwas entgegen-

// Diese Rubrik »Ein Tag mit . . .«, einst eingerichtet, um stellvertretend für alle Abgeordneten des Sächsischen Landtags die Vorsitzenden der Ausschüsse zu porträtieren, ist nie wirklich langweilig geworden. Keiner der Vorsitzenden, egal welchen Geschlechts, war dem anderen auch nur ähnlich. Dieses Mal haben wir es mit einem zu tun, der sich nicht vordrängelt und den wir mit seiner unpräzisen Art eher im Hintergrund vermuten würden: Klaus Tischendorf. //

setzen zu können, doch werde die Finanzkraft vor allem im Osten stark überschätzt. Für ihn, so Drummer, sei der Osten die »verlängerte Werkbank« des Westens.

Es gebe hier keine Dax-Unternehmen, und die von der Wirtschaftsförderung Sachsen (WFS) geforderten größeren Einheiten, also Fusionen, würden die Arbeit gerade wegen des Mindestlohns teurer machen. Die besseren Modelle böten Kooperationen

mit gleichberechtigten Partnern und die Möglichkeiten, soziale Komponenten gemeinsam festzulegen.

Tischendorf ist ganz Zuhörer: »Es ist nicht alles falsch, was er gesagt hat«, wird er sich später erinnern. Er sei zum Zuhören gekommen, zum Aufnehmen und zur weiteren Abwägung mit Kollegen und in der Fraktion. »Man macht mit ausgefeilter Rhetorik manchmal mehr kaputt, als einem abschließend lieb ist!«

Fundiertere Qualifizierung

Der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses möge sich doch auch um eine fundiertere Qualifizierung kümmern. »Die Leute denken, händische Arbeit sei etwas Minderwertiges, und verlieren die Demut vor handwerklicher Kunst«, legt Drummer deutlich desillusioniert nach.

Die anschließende Beratung mit seinen Mitarbeitern zeigt den Moderator Tischendorf, der neben den »notwendigen« Absprachen zu Terminen auch Meinungen, Ansichten und Erfahrungen zu Themen wie »Fankultur« beim Fußball im Erzgebirge hören will. »Nur so entwickeln wir uns doch weiter – und nur so kann ich persönlich Antworten auf meine Fragen finden«, sagt einer, der das politi-

sche Geschäft seit nunmehr 16 Jahren als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, als Parlamentarischer Geschäftsführer und jetzt als Ausschussvorsitzender bestens kennt. Der Eindruck verstärkt sich, dass hier ein Mann sitzt, dem politisches Arbeiten Spaß macht, und zwar aus Neugier heraus: »Nach meiner Meinung betreiben wir das schönste Geschäft, das es gibt. Wir sollten nur alle den Mut besitzen, eine Meinung zu haben, sie zu äußern und dann auch für sie einzustehen!«

Das verlange schon Fingerspitzengefühl, da Beharrlichkeit leicht die Grenze des Erträglichen überschreite, nämlich dann, wenn sich nichts mehr bewege. Er sei angetreten, um Minderheitenrechte zu verteidigen.

Dies geschehe auch in der Ausschussarbeit, sagt er und lobt die ihn umgebenden Verwaltungseinheiten: »Ein Vorsitzender kann nur so gut sein, wie ihn die Verwaltung unterstützt!«

Streit muss sein

Klar, man müsse sich streiten. Das begriffen nur eben nicht alle. Streit müsse produktiv sein; Persönliches und Unfairen habe zu unterbleiben. Er selbst lasse sich davon leiten, dass er als Ausschussvorsitzender letztlich den Landtag in Gänze vertrete und auch so wahrgenommen werde: »Lasst uns inhaltliche Diskussionen führen, Antworten und Kompromisse

finden; davon lebt doch die Demokratie!«

Doch Vorsicht. Tischendorf wäre nicht Tischendorf, würde da nicht noch ein philosophischer Zusatz kommen. Die einmal gefundenen Ergebnisse verändern ihr Wesen rasant; was heute stimme, sei morgen vielleicht bereits falsch: »Man sollte sich nicht auf jeden Gaul setzen, der einem da hingestellt wird!«

Beim »Schwibbogen-König« in Stollberg ist wieder der Mindestlohn Thema. Mario Richter nennt einen kleinen Eisenwaren- und Bastlerladen sein Eigen und organisiert jährlich eine viel bestaunte Schwibbogen-Ausstellung. Reich werde er mit seiner Arbeit hier wirklich nicht, grinst er sarkastisch: »Ich zahle jedem seinen Mindestlohn – und wer

zahlt meinen?« Wie Drummer kritisiert auch er einen Verfall der Werte im Kampf um die Märkte: »Vieles wird nur hergestellt, damit es anschließend weggeworfen wird!«

Die Freiwillige Feuerwehr ist in Lugau eine Instanz. Ihr geht es verhältnismäßig gut und sie wird nach Aus- und Umbau ihres Domizils über noch größere Flächen verfügen können. Dennoch: Sorgen macht ihr der Nachwuchs. Es gibt nämlich keinen. Das sei schon ein Problem, beschreibt der stellvertretende Ortswehrleiter, Sven Schimmel, die Misere.

Im Gespräch mit dem Lugauer Bürgermeister Thomas Weikert, DIE LINKE, mahnt Tischendorf, auch künftig die Arbeit im Stadtrat »stets lösungsorientiert und

als dass ich Antworten hätte«



mit einem Blick für soziale Notwendigkeiten« zu gestalten. Durch solche »Unaufgeregtheit« wäre viel für Lugau erreicht worden. Manchmal aber müsse man doch Flagge zeigen, schmunzelt Tischendorf: »Wenn ich im Stadtrat sitze, ertappe ich mich schon mal dabei, wie ein MdL zu reagieren – nehme mich dann aber wieder zurück.«



// Fotos: K. Müller





GESCHICHTE

Prof. Dr. Eckhard Jesse

// Wahlstudio im Palast der Republik (Pressefotografen). // Bundesregierung, Foto: K. Lehnartz

Die Wahl zur Volkskammer Vor 25 Jahren

Vor 25 Jahren, am 18. März 1990, fand die erste und letzte demokratische Wahl zur Volkskammer statt. Noch am 7. Oktober 1989 hatte die SED-Spitze den 40. Jahrestag der DDR mit Pomp gefeiert. Doch dann überschlugen sich die Ereignisse. Am 9. Oktober 1989 demonstrierten friedlich ca. 70.000 Menschen in Leipzig, am 9. November fiel die Mauer, am 1. Dezember strich die nicht demokratisch legitimierte Volkskammer die in Art. 1 der Verfassung festgeschriebene führende Rolle der SED, am 7. Dezember trat der Zentrale Runde Tisch zusammen, der bereits in seiner ersten Sitzung für demokratische Wahlen zur Volkskammer votiert hatte. Auch sächsische Bürgerrechtler drängten auf schnelle Wahlen.

Die 400 Mitglieder der Volkskammer, vielfach als »Laien-spieler« apostrophiert, kamen aus den 14 Bezirken und aus Berlin (Ost). Die Wahl endete mit einer Überraschung. Nicht die SPD konnte triumphieren, wie vermutet (wegen der einstigen »roten« Hochburgen in Sachsen und Thüringen). Vielmehr erzielte die Allianz für

Deutschland dank ihres Engagements für eine schnelle deutsche Einheit mit 48,0 Prozent der Stimmen einen fulminanten Wahlsieg (CDU: 40,8 Prozent; DSU: 6,3 Prozent; Demokratischer Aufbruch: 0,9 Prozent) – die SPD erreichte 21,9 Prozent, die PDS, die frühere SED, 16,4 Prozent, der Bund Freier Demokraten 5,3 Prozent, Bündnis 90 2,9 Prozent und die Partei der Grünen 2,0 Prozent. Das Ergebnis in den drei sächsischen Bezirken, vor allem in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) und Dresden, fiel noch deutlicher zugunsten der Allianz für Deutschland aus. Sie erhielt 57,7 Prozent, die SPD 15,1 und die PDS lediglich 13,3 Prozent. Nirgendwo schnitt die von der CSU unterstützte DSU mit 13,2 Prozent so gut ab wie in den drei sächsischen Bezirken. Die Wahlbeteiligung lag hier mit 93,7 Prozent sogar um 0,3 Punkte höher als im gesamten Wahlgebiet. Die CDU, die sächsische Union, entwickelte sich schnell zu der »Sachsenpartei«, wie die Kommunalwahl am 6. Mai 1990 und die Landtagswahl am 14. Oktober zeigen sollten.

121 der Mitglieder der Volkskammer kamen aus den drei Bezirken Dresden (44), Karl-Marx-Stadt (43) und Leipzig (34), die bis 1952 das Land Sachsen gebildet hatten. Zu den sächsischen Abgeordneten gehörte Stanislaw Tillich, der später bekundete: »Es war eine Schule der Demokratie. Auch das Menschliche, der Umgang miteinander in politischen Fragen. Erstens: Man war am Ziel orientiert. Zweitens: Man misstraute sich nicht von vornherein. Drittens: Es gewannen nicht die Bedenkenträger, sondern die, die was verändern sollten.«

Lothar de Maizière (CDU), am 12. April 1990 von der Volkskammer zum Ministerpräsidenten gewählt, bildete eine Koalition aus der Allianz für Deutschland, der SPD, die im August das Regierungsbündnis verließ, und dem Bund Freier Demokraten. Das Parlament beschloss am 23. August 1990 mit der nötigen Zweidrittelmehrheit den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland vom 3. Oktober an.

Die Volkskammerwahl beschleunigte die Reföderalisierung der DDR. Durch den Wahl-

ausgang erfuhr die Zusammensetzung des Runden Tisches im Bezirk Dresden eine Revision, ohne dass sie aber die Mehrheitsverhältnisse strikt abbildete. Nachdem durch Beschluss der frei gewählten Volkskammer die Räte der Bezirke ihre Arbeit einstellen mussten, sah sich der neue Ministerpräsident de Maizière veranlasst, Regierungsbevollmächtigte in den Bezirken einzusetzen. Deren Tätigkeit begleitete der im Mai 1990 gebildete Koordinierungsausschuss zur Bildung des Landes Sachsen unter dem Vorsitz des Oppositionellen Arnold Vaatz misstrauisch.

Dem Koordinierungsausschuss gelang es, sich als zentrales Instrument der Landesbildung zu behaupten und die alten Kräfte zurückzudrängen. Insofern vollzog sich, anders als in den übrigen Teilen der DDR, die Länderneubildung weithin »von unten«. Am 3. Oktober 1990, dem Tag der deutschen Einheit, gelangten 144 der 400 Volkskammerabgeordneten in den Deutschen Bundestag, darunter 43 aus den sächsischen Bezirken.

Kuratoren des Forums Mitteleuropa tagten im Ständehaus



// Seit 2011 auf Initiative des Präsidenten des Sächsischen Landtags das »Forum Mitteleuropa« gegründet wurde, widmete sich das Gremium in bislang drei Konferenzen unterschiedlichen Fragen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit im mitteleuropäischen Raum. Nun legten die Kuratoren die Schwerpunkte der vierten Konferenz fest, die im September 2015 in Klosterneuburg bei Wien stattfinden wird. //

Foto: T. Schlorke

»Das Europa, das wir kennen, gibt es nicht mehr«

Hans-Peter Maier

Ein Ausblick im Rückblick



Fotos: T. Schlorke

// Die politische Initiative, das »Forum Mitteleuropa« ins Leben zu rufen, wird von den neun Kuratoren aus sechs Ländern als ein wichtiger Schritt auf dem Weg der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit in Mitteleuropa bezeichnet. Ein Lob, das dem Präsidenten des Landtags und »spiritus rector« des Forums, Dr. Matthias Rößler, mit großer Anerkennung gezollt wird. Bei der diesjährigen Sitzung der Kuratoren wurde aber deutlich, dass künftig mehr Gewicht auf politische Stellungnahmen gelegt werden soll. Bei der Erörterung von »sich schnell ändernden Werten« in Mitteleuropa müsse man sich die Zeit nehmen, sie streitbar zu debattieren. //



Seit der Gründung des »Forums Mitteleuropa« findet regelmäßig eine Sitzung der Kuratoren statt, die aus Österreich, Tschechien, der Slowakei, Polen und Ungarn ins Dresdner Ständehaus kommen, um dort – als Wissenschaftler und ehemalige Botschafter ihres Landes – ihre Meinungen, ihre Erfahrungen, ihre Hoffnungen und Befürchtungen vorzutragen. Dies alles mündet in einem Konzept, das die Grund-

lage für die Organisation der diesjährigen Konferenz (in Klosterneuburg bei Wien) bildet.

Nach der konstituierenden Sitzung im Herbst 2011, bei der die »Dresdner Erklärung« von neun Kuratoren unterzeichnet wurde,¹ folgte Anfang Oktober 2012 die erste Konferenz des »Forums Mitteleuropa«. Im Dresdner Ständehaus wurde zum Thema »Kulturen in Mitteleuropa: Erinnern, Fördern,

Gestalten« diskutiert. Am Ende stand ein klares Bekenntnis zu Europa als Heimat und Wertegemeinschaft.

Die Intervalle wurden nun kleiner: Nach einer neuerlichen Kuratoriumssitzung im Frühjahr folgte bereits im Sommer 2013 die zweite Konferenz. Dem Konzept von Professor Kühnhardt folgend, tagte das Forum in Prag. Der Präsident des dortigen Senats, Milan Štěch, hatte ins

Waldstein-Palais eingeladen, wo alle das passende Ambiente zu »Heimat Mitteleuropa: Gesichter, Biografien, Identitäten« genießen durften.

Mitteleuropa sollte auch weiterhin die Keimzelle für den europäischen Gedanken und die so oft als unverzichtbar beschworene Zusammenarbeit sein. Beim Bestreben, zentrale gesellschaftliche Bereiche in Mitteleuropa zusammenwachsen



www.landtag.sachsen.de/de/forum-mitteuropa/8589.aspx
(Dresdner Erklärung)

zu lassen und den Blick fürs »große Ganze« nicht zu verlieren, dürfe jedoch die Notwendigkeit nicht aufgegeben werden, Eigenständigkeit zu bewahren.

Beflügelt durch den Zuspruch, den das Forum in Tschechien erfahren hatte, hatte das Kuratorium festgelegt, die vom Kühnhardt'schen Konzept vorgeschlagene »Tour durch Mitteleuropa« weiterzuführen. Die nächste Station war Polen.

Breslau, als die Stadt mit zentraler Bedeutung für die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen wie auch für die anderen Staaten in Mitteleuropa, wurde in der Konferenz der Kuratoren im Herbst 2013 in Görlitz als Veranstaltungsort für die Konferenz im Frühsommer 2014 festgelegt. Auf Einladung des nach dem Ausschei-

Erhard Busek. Nationalistische Denkweisen seien wesentlicher Gefahrenherd für Freiheit und als die Hauptursache für europäische Krisen erkennbar. Alle Teilnehmer der Konferenz bestätigten die Wahrnehmung, dass auch in ihren Ländern ebensolche Bewegungen immer mehr zunähmen.

Die bevorstehende vierte Konferenz des »Forums Mitteleuropa« im September 2015 im Stift Klosterneuburg bei Wien wird sich nun stärker auf die Tatsachen fokussieren, dass sich Krisen auszubreiten scheinen, dass mangelnde Stabilität beklagt wird und dass die Menschen eine Antwort auf die Frage haben wollen, warum ein homogenes Mitteleuropa eine entscheidende Stütze für ganz Europa darstelle.²



www.landtag.sachsen.de/de/forum-mitteuropa/8588.aspx
(Veröffentlichungen)

den von Ryszard Król mittlerweile zum Kurator ernannten Stadtpräsidenten Rafał Dutkiewicz, fand die Konferenz zum Thema »Werte in Mitteleuropa: Solidarität und Freiheit« im Rathaus zu Breslau statt.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass Sicherheit und Freiheit – historisch belegbar – keine garantierten Größen darstellten. »Das Europa, das wir kennen, gibt es nicht mehr«, provozierte

Um zu gewährleisten, dass durch das Forum mittelfristig solche und ähnliche Fragen aufgeworfen und diskutiert würden, dass Antworten formuliert und eingefordert werden könnten, dass im Ergebnis Nachhaltigkeit garantiert werde, sei zu überlegen, inwieweit das Forum – um sich der Möglichkeit, Stellung zu einzelnen Themen zu beziehen, nicht zu berauben – institutionalisiert werden sollte.

Am Ende stand der klare Wille, das »Forum Mitteleuropa« weiterzuführen, bei der Konferenz im Stift Klosterneuburg neue Akzente zu setzen und vor allem in den Bereichen »Wirtschaft«, »Medien« und »Kultur« nach Gemeinsamkeiten zu suchen und Wege zu finden, das Vorhandene auszubauen, zu vertiefen und zu stabilisieren.

¹ Unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler setzten Magdalena Vášáryová (Slowakei), Ryszard Król (Polen) und Jiří Gruša (Tschechien) sowie die Professoren Beate Neuss (Chemnitz), Erhard Busek (Österreich), Gábor Erdödy (Ungarn), Ludger Kühnhardt (Bonn) und Stefan Troebst (Leipzig) am 29. September 2011 ihre Unterschrift unter die »Dresdner Erklärung«.

² Die Konferenz in Klosterneuburg bei Wien wird unter dem Thema »Mitteleuropa 2015: Stabilität und Krise?« vor allem den Aspekt betrachten, was Mitteleuropa zusammenhält.

TTIP verhandeln oder stoppen?

Der Europaausschuss informiert sich aus erster Hand in Brüssel

Der Europaausschuss ist am 5. und 6. März 2015 einer Einladung der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin zu einer Informationsreise nach Brüssel gefolgt. »Die Kommission legt Wert auf gut informierte Bürgerinnen und Bürger in den europäischen Regionen, denn nur wer gut informiert ist, kann seine demokratischen Mitwirkungsrechte effektiv wahrneh-

men. Wir haben die sächsischen Landtagsabgeordneten eingeladen, weil sie hervorragende Multiplikatoren sind, um engen Kontakt zu den EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern in ihren Wahlkreisen zu pflegen«, sagte der

Leiter des Besucherdienstes der EU-Kommission, Herr Wettig, zur Begrüßung der sächsischen Delegation. Das Programm für den Informationsbesuch war dicht gedrängt. Es ging um die europäische Regionalpolitik mit Bezug zu Sachsen, das neue Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation »Horizont 2020«, die Stärkung der sozialen Di-

Leiter des Besucherdienstes der EU-Kommission, Herr Wettig, zur Begrüßung der sächsischen Delegation. Das Programm für den Informationsbesuch war dicht gedrängt. Es ging um die europäische Regionalpolitik mit Bezug zu Sachsen, das neue Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation »Horizont 2020«, die Stärkung der sozialen Di-

Davon wurde vor allem bei den derzeit heiß diskutierten weiteren Themen »TTIP« und »Europäische Migrationspolitik« reger Gebrauch gemacht. Jan Schmitz, der für das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP zuständige Kommissionarbeitsmitarbeiter der Generaldirektion Handel, betonte, dass Deutschland mit der »deutschen Erfindung« der in diesem Zusammenhang besonders kritisierten Investor-Schiedsverfahren seit den 1950er-Jahren sehr gut gefahren sei. Die Kommission habe die Kritik aber aufgenommen und strebe strukturelle Verbesserungen an. Sie verfolge bei den Vertragsverhandlungen bis ins Detail europäische Interessen. Daher werde es aus seiner Sicht kein Freihandelsabkommen mit den USA geben, das diesen Ansprüchen nicht genüge.

Matthias Oel, der Leiter des Referats Asyl in der Generaldirektion Migration und Inneres, verwies auf stetigen Anpassungsdruck, der aufgrund der zuletzt stark angestiegenen Flüchtlingsströme auf der europäischen Migrationspolitik lastete. Er komme eben aus einem Meeting der Generaldirektion, in dem beraten wurde, die politische Arbeit in den Herkunfts- und Transitländern im Rahmen eines integrierten Ansatzes, der Entwicklungs-, Außen- und Innenpolitik sowie humanitäre Hilfe umfasse, zu verstärken. Als konkrete Maßnahmen seien dezentrale Asylanlaufstellen in den Herkunftsländern ebenso im Gespräch wie die Einrichtung von Migrationszentren vor Ort, in denen zum Beispiel Beratung und Weitervermittlung an das UN-Flüchtlingshilfswerk

UNHCR angeboten werden könnten.

Die Praktiker freuten sich auch über detaillierte Nachfragen der sächsischen Landtagsabgeordneten – ob es nun um Nachbesserungen beim Verteilungsschlüssel von Asylsuchenden nach der Dublin-III-Verordnung ging oder um die Bewertung des italienischen Seenotrettungsprogramms »Mare Nostrum«. Ob nach der Konsequenz bei der Rückforderung zweckwidrig verwendeter Mittel der Regionalförderung gefragt oder die Kritik sächsischer Kommunen nach Verwaltungsvereinfachung bei der Ausgestaltung der Regionalförderung weitergegeben wurde – trotz engem zeitlichem Korsett wurden alle Fragen sachkundig geklärt und die Antworten mit Fakten aus der praktischen Arbeit der Referenten hinterlegt.

Und so würdigte Frank Hirche, Vorsitzender des Europaausschusses, die Initiative der Kommissionsvertretung abschließend als gelungenen Beitrag zur Versachlichung öffentlicher Debatten in Sachsen, nicht ohne den Mitarbeitern der EU-Kommission in Brüssel und der Kommissionsvertretung in Berlin für die Einladung, Betreuung und für informative Gespräche herzlich gedankt zu haben.



// Fotos: Sächsischer Landtag



// Die sächsische Delegation im Besucherzentrum der Europäischen Kommission

mension der EU und soziales Unternehmertum. Zu jedem dieser Themen stand den Mitgliedern des Europaausschusses ein hochrangiger Praktiker der Europäischen Kommission Rede und Antwort.

men. Wir haben die sächsischen Landtagsabgeordneten eingeladen, weil sie hervorragende Multiplikatoren sind, um engen Kontakt zu den EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern in ihren Wahlkreisen zu pflegen«, sagte der

http://ec.europa.eu/index_de.htm



www.landtag.sachsen.de/de/landtag/ausschuesse/ausschuss.do/130





Kritisch und couragiert – ein Akteur des gesellschaftlichen Umbruchs

// Zu den unbeugsamen Bürgerrechtlern, die wesentlich dazu beitrugen, dass in den 1980er-Jahren immer breitere Schichten der DDR-Bevölkerung gegen politische, soziale und ökologische Missstände im Land aufbegehrten, gehört der Leipziger Uwe Schwabe. Er engagierte sich u. a. für die Initiativgruppe Leben, die Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche und die Montagsdemonstrationen. //

// Abschlussveranstaltung vom
Kirchentag in Leipzig am 09.07.1989
// Foto: Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V./
M. Jehnichen



// Bei der Verleihung des Nationalpreises // Foto: © Deutsche Nationalstiftung

// Anlässlich der 25-jährigen Jubiläen der friedlichen Revolution 2014 und der deutschen Einheit 2015 erinnern wir unter dieser Rubrik an Persönlichkeiten, die den Wendepunkt der deutschen und sächsischen Geschichte aktiv mitgestaltet haben. Die Reihe wurde in Ausgabe 5/14 eröffnet. //

Prof. Dr. Eckhard Jesse

Wegbereiter der friedlichen Revolution in Leipzig

Uwe Schwabe



// Foto: Archiv Bürgerbewegung Leipzig

Der Leipziger Uwe Schwabe, einer der hartgesottenen Gegner des SED-Regimes, entfaltet schon Aktivitäten, als die DDR noch stabil zu sein schien und nichts für ihren Zusammenbruch sprach. Seine Courage lief auf eine Kampfansage an die Parteidiktatur hinaus. Das wusste die Staatssicherheit, »Schild und Schwert« der Partei, ganz genau. Sie war »hinter ihm her«.

Geboren am 4. Mai 1962 in Portitz bei Leipzig als Sohn einer Kammereifacharbeiterin und aufgewachsen in einfachen Verhältnissen, absolvierte Uwe Schwabe von 1978 bis 1980 eine Ausbildung zum Instandhaltungsmechaniker. Zwischen 1981 und 1984 folgte der Wehrdienst. Sein Wunsch, dadurch zur Handelsflotte zu gelangen, zerschlug sich schnell, da Schwabes kritische politische Haltung dem entgegenstand.

So schloss sich an den Wehrdienst eine Tätigkeit als Stahlbauschlosser und Instandhaltungsmechaniker an.

Oppositionelle Aktivitäten

Der Nicht-Christ Schwabe war bereits 1984 bei der Jungen Gemeinde der Leipziger Nikolaikirche aktiv. Später sagte er: »Ich habe in der Jungen Ge-

meinde das erste Mal erlebt, wie junge Leute offen, ehrlich und politisch miteinander diskutieren. Für mich war es die Schule der Demokratie und der Einstieg in die Oppositionsarbeit.« Die kritische Haltung gegenüber dem Staat nahm immer mehr zu, und 1987 gab Schwabe seine Stelle auf. Arbeitslosigkeit und Gelegenheitsarbeiten folgten. Nach der Verweigerung des Reservistenstandes bei der Nationalen

Volksarmee 1988 engagierte sich Schwabe als Hilfskrankenpfleger in einem Altersheim der Inneren Mission (bis 1990). Als Mitglied der Arbeitsgruppe Umweltschutz beim Jugendpfarramt in Leipzig von Mitte der 1980er-Jahre an war er an der Vorbereitung und Durchführung von Friedensgebeten in der Leipziger Nikolaikirche sowie bei anschließenden Demonstrationen auf dem Nikolaikirchhof beteiligt.

1987 gründete er mit anderen die Initiativgruppe Leben, eine Abspaltung von der als zu brav angesehenen Umweltschutzgruppe. Die logische Folge: die »Bearbeitung« durch das Ministerium für Staatssicherheit im Operativen Vorgang »Leben« und in der Operativen Personenkontrolle »Willi«. Die Leipziger Staatssicherheit betrachtete ihn als Nummer 1 der »Staatsfeinde«, wie nach der »Wende«



// Abschlussveranstaltung vom Kirchentag in Leipzig am 09.07.1989
// Foto: Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., M. Jehnichen



Literatur

Thomas Mayer, Vom Widerstand zum Rasenmäher. Protest gegen den Status quo – Uwe Schwabe ist eine Hauptfigur der Revolutionäre, in: Ders.: Helden der Friedlichen Revolution. 18 Porträts von Wegbereitern aus Leipzig, Leipzig 2009, S. 144–149.

Uwe Schwabe, »Es gibt noch viel zu tun«, in: Eckhard Jesse (Hrsg.): Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2006, S. 129–142.

SONDERTHEMA



// Wallfahrt zum Umweltgottesdienst in Mölbis 1987 // Foto: Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V., F. Sellentin

einer von ihr angefertigten Liste zu entnehmen war. Wegen des Verteilens von Flugblättern und eines Aufrufs zu einem Schweigemarsch für Meinungsfreiheit kam Schwabe im Januar 1989 für acht Tage in Untersuchungshaft. Die Staatssicherheit musste sich davon überzeugen: Schwabe war zum Verzicht auf weitere »Provokationen« nicht bereit – im Gegenteil. Diese Zeit mobilisierte weitere Kräfte des Widerstehens. Der 9. Oktober 1989 in Leipzig mit dem Marsch von rund 70.000 friedlichen Demonstranten bedeutete ihm eine große Genugtuung – die Diktatur wurde in die Knie gezwungen, nicht zuletzt auch dank Schwabes Hartnäckigkeit. Der Mitbegründer des Neuen Forums in Leipzig avancierte zu dessen Regionalsprecher für Leipzig-West. Die Gründung zahlreicher Vereine ging u. a. auf seine Initiative zurück (z. B. Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V., Rumänienhilfe e. V., Straßenmusikfestival e. V.).

Obwohl Schwabe sich in der DDR nicht wohlfühlte, kam ein Ausreiseantrag für ihn nicht infrage. Der Widerständler wollte die politischen Verhältnisse verändern, seine Heimat aber nicht verlassen. Die Erneuerung der DDR stand für ihn auf der Tagesordnung, nicht deren Abschaffung. Gleichwohl galten die Ausreiser für ihn nicht als

Verräter, nicht als »Ausreißer«. Ihre Integration in das Demonstrationsgeschehen gehörte zu seinen Anliegen. Seine von Pastor Christoph Wonneberger unterstützte Initiativegruppe Leben setzte sich für einen »Sozialen Friedensdienst« ein, propagierte Glasnost und Perestrojka, mahnte Veränderungen im Umweltsektor an und übte heftige Kritik an den Zuständen in Rumänien.

Leben und Wirken nach 1989

Der unbeugsame Bürgerrechtler wollte zunächst die DDR erhalten wissen, aber als eine freie. Ihm ist mittlerweile bewusst, dass dem »harten Kern« der Oppositionellen enger Kontakt zur Masse der Bevölkerung fehlte. Der Partei DIE LINKE, die sich einer offenen Aufarbeitung der Vergangenheit entzieht, traut er nach wie vor nicht über

den Weg. »Ostalgie« ist seine Sache nicht. Mit der deutschen Einheit hat er längst seinen Frieden gemacht, auch deshalb, weil ihm die Idee eines dritten Weges nicht mehr so viel bedeutet wie vor der »Wende«.

1991 bis 1993 wurde Schwabe, einer der wichtigsten Wegbereiter der friedlichen Revolution, Leiter des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e. V., dessen Vorstand er bis heute angehört. Seit 1994 ist Schwabe, bescheiden geblieben und ohne Geltungsdrang, als »Sammlungssachbearbeiter«, so die offizielle Bezeichnung, beim Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig tätig. Ihm geht es darum, die Erinnerung an das Jahr der friedlichen Revolution wachzuhalten. Auch die Einhaltung der Menschenrechte ist ihm, der jede Einäugigkeit verurteilt, ein besonderes Anliegen. Der 1995 mit dem Bundesverdienstkreuz und 2005 mit einer Ehrenurkunde von der Aktion Gemeinsinn für

beispielhafte Zivilcourage ausgezeichnete erhielt 2014, 25 Jahre nach der friedlichen Revolution, mit den Leipziger Pastoren Christian Führer und Christoph Wonneberger sowie dem Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V. den Deutschen Nationalpreis. Er steuerte eine Reihe von Broschüren zur Oppositionsgeschichte in Leipzig wie zur friedlichen Revolution bei und schrieb darüber Beiträge, die durch Authentizität eines Akteurs und Augenzeugen gekennzeichnet sind. Seit 2003 Stiftungsratsmitglied in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, gehört der Familienvater auch dem Fachbeirat »Gesellschaftliche Aufarbeitung/ Opfer und Gedenken« der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur an.

Als Reaktion auf die Maidan-Ereignisse und seine Reisen nach Kiew gründete Uwe Schwabe mit anderen Leipzigern aus der ehemaligen Oppositionsszene noch im gleichen Jahr einen Hilfsverein für die Ukraine, den EuropaMaidan-Leipzig e. V., dessen Vorstandsmitglied er ist. Die Demonstrationsszene Pegida, die mit dem Ruf »Wir sind das Volk« zu Unrecht an die Vorgänge von 1989 anknüpfte, erfuhr seine Ablehnung; zugleich wandte sich Schwabe gegen Demonstrationsverbote in Leipzig.



Prof. Dr. Eckhard Jesse

Geb. 1948 in Wurzen. Studium der Politik- und Geschichtswissenschaft an der FU Berlin; Dissertation zur Wahlrechtsgestaltung; Habilitation zur streitbaren Demokratie. Von 1993 bis 2014 Inhaber des Lehrstuhls »Politische Systeme, politische Institutionen« an der TU Chemnitz, von 2007 bis 2009 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Er ist u. a. Autor des Buches »Politik in Sachsen« (mit Thomas Schubert und Tom Thieme), Wiesbaden 2014.

Die Höflichkeit des Abgeordneten

Tagebucheintragungen zum Landtag 1824

»Die allgemeinste Pflicht des Repräsentanten, welcher jede andere nachzustellen, ist diese: weder den Mitständen, noch den übrigen Theilnehmenden irgend einige Langeweile zu machen.« Dieser Satz findet sich in einem Ratgeber für gutes Benehmen aus dem Jahre 1834 und zwar in einem Kapitel, das sich eigens mit den Verhaltensregeln für Bürger und Abgeordnete in konstitutionellen Monarchien befasst.

Nicht nur Freiherr Adolph von Knigge hat ein Buch »Über den Umgang mit Menschen« verfasst, sondern auch Carl Friedrich von Rumohr schrieb eine »Schule der Höflichkeit«. Bekannt ist von Rumohr eigentlich als Kunsthistoriker und gastrosophischer Autor. Er wurde am 6. Januar 1785 in Reinhardtsgrμμα geboren und verstarb am 25. Juli 1843 in Dresden. Beerdigt wurde er auf dem Friedhof der Dresdner Inneren Neustadt. Um den gebildeten Ästhetiker und weltläufigen Reisenden zu ehren, stiftete der dänische König Christian VIII. das Grabdenkmal von Rumohrs. Es wurde von Gottfried Semper entworfen. Als von Rumohr mit 49 Jahren seinen Ratgeber für gutes Benehmen veröffentlichte, machte das Königreich Sachsen gerade seine ersten Erfahrungen mit einem konstitutionellen Landtag. Denn auf der Basis der Verfassung von 1831 tagte 1833/34 in Dresden erstmals ein Zweikammerparlament. Von Rumohr definierte im Jahre 1834 Höflichkeit als »die Gewohnheit und Kunst in jeglicher Beziehung von Menschen zu Menschen, im Reden, wie im

Handeln, stets den zu treffenden Ton zu finden und anzuschlagen«. Ein solches »mild-verträgliche[s], gefällige[s] Benehmen« müsse aber je nach den Umständen verschieden ausfallen. »Was in dem einen Lebensverhältnisse als höflich erscheint und wahrhaft höflich ist«, erläutert von Rumohrs Schrift, »kann in einem andern unverbindlich und anstößig werden.« Entscheidend sei immer nur »der gütige, der positive Wille«.

Um den verschiedenen Gegebenheiten gerecht zu werden, entwarf von Rumohr Konzepte für die Höflichkeit zwischen

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als »Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage« vor.//

Eheleuten, Eltern und Kindern, Lehrern und Schülern, den zeittypischen Berufsgruppen wie bspw. Bauern, Handwerkern oder Gelehrten. Im letzten Kapitel widmet er sich dem »Benehmen constitutioneller Staatsbürger, wie vornehmlich ihrer Stellvertreter, oder Repräsentanten«.

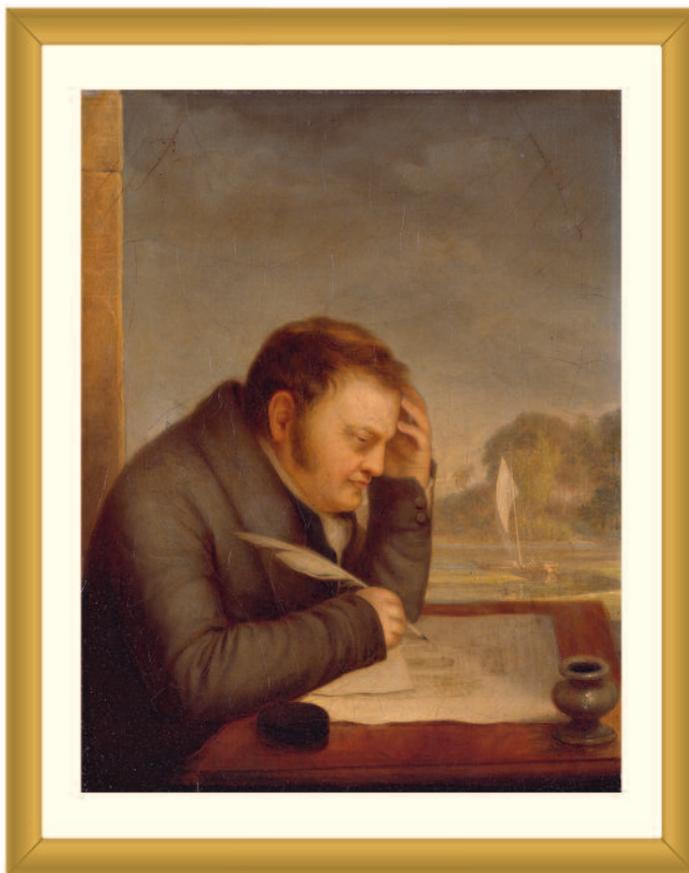
In seiner Gegenwart, erläutert von Rumohr, gebe es innerhalb

des Deutschen Bundes Staaten mit herkömmlichen Ständeversammlungen, die bereits seit dem Mittelalter bestünden. In anderen deutschen Staaten seien nach dem Vorbild Englands geschriebene Verfassungen und Parlamente eingeführt worden. Welcher Typus von Landtag für einen Staat besser sei, wollte von Rumohr nicht entscheiden. Er hoffte aber für die Gesellschaften, die sich auf der Basis neuer Verfassungen gerade konstituiert hatten, verbindlich formulieren zu können, welche Höflichkeitsregeln von den Abgeordneten, die er »Repräsentanten« nennt, und von den Wahlberechtigten, den »Constituenten«, eingehalten werden müssten.

Bewachen und fördern

Die Landtagsmitglieder sollten sich nach von Rumohrs Ansicht klarmachen, dass sie gewählt worden seien, »nicht damit sie glänzen und eine persönliche Bedeutung erlangen können, sondern damit sie bewachen und fördern, was das gemeinsame Wohl betrifft«. Deshalb sei es ihre Pflicht, keine langatmigen Ausführungen vorzutragen. Ein Parlamentarier dürfe nie über »Dinge mitreden wollen, welche ihm gar nicht, oder doch nur höchst oberflächlich bekannt« seien. Wer Geplapper

// Carl Friedrich von Rumohr, Friedrich Nerly um 1827
// Staatliche Museen zu Berlin, Nationalgalerie



nicht vermeide, verschwende Diäten und Zeit, in der wichtige Angelegenheiten untersucht und beschlossen werden könnten. Die Höflichkeit erfordere, denen das Wort zu überlassen, die etwas von einer Sache verstünden.

Spreche ein sachverständiger Abgeordneter zu seinem Thema, solle er nicht vom Gegenstand abweichen und sich in Details verlieren. Es sei ebenso unzutraglich, durch Bilder und Metaphern »den Zweck der Verhandlung in einen rhetorischen Nebel« einzuhüllen. Parlamentarische Beredsamkeit müsse vielmehr den Anspruch haben, den Verhandlungen dienlich zu sein.

Von Rumohr hielt es auch für unhöflich, wenn ein Parlamentarier seine Kollegen durch »sophistische Kunst und Frechheit«, also durch unverfrorene rhetorische Tricks, verärgere. Im englischen Unterhaus herrsche der Ton von Gerichtsverhandlungen, weil im House of Commons viele Juristen ein Mandat hätten und miteinander stritten, als gelte es einen Klienten zu vertreten. In einem Parlament gehe es aber nicht um Privatgeschäfte, sondern um öffentliche Angelegenheiten. Daher dürfe nicht der Sieg einer Person oder Partei im Vordergrund stehen. Es gelte der Wahrheit zum Sieg zu verhelfen. Mit dieser Forderung entsprach von Rumohr der zeitgenössischen Ansicht, dass Abgeordnete ihre Debatten nicht zum Nutzen einer Partei, sondern mit Blick auf die Gesamtgesellschaft führen sollten. Die Argumentation zur Sache galt als Mittel, der Zerstückelung des Gemeinwesens entgegenzuwirken.

Die Wahlberechtigten der konstitutionellen Monarchien unterteilte von Rumohr in zwei Gruppen. Ein Teil verfolge die Parlamentsdebatten auf der Tribüne des Plenarsaals oder lese die Sitzungsprotokolle in der Zeitung. Diese beiden Untergruppen bildeten nach Auffas-



// Abgeordnete und Auditorium. Die Erste Kammer des Sächsischen Landtages um 1850// Stadtmuseum Dresden

sung des Autors gemeinsam das Auditorium, obwohl in der Realität immer nur wenige direkt den Verhandlungsgang anhören konnten. Auch wer eine Parlamentsdebatte nachlas, verfolgte ja den Prozess, der zur Willensbildung der Abgeordneten führte. Da es in den konstitutionellen Landtagen des deutschen Vormärz' noch keine festgefühten Fraktionen gab, bildete sich die Mehrheit in aller Regel erst während der Debatte im Plenarsaal. Die Aussprache der Parlamentsmitglieder hatte daher nicht nur die Funktion, parteipolitisch geprägte Positionen öffentlich plausibel zu machen.

Höflichkeitspflichten

Für den Teil der Staatsbürger, die nicht zum Auditorium gehörten, konstatierte von Rumohr, dass er die Beschlüsse der Landtage nur hinnehme. Diese Menschen seien das Sensorium, die Bevölkerungsgruppe, die die Entscheidungen des Parlaments nur spüre, aber nicht gedanklich mitvollziehe. Sowohl für das Auditorium wie

auch für das Sensorium formulierte von Rumohr Höflichkeitspflichten.

Wer einem Parlament von der Tribüne aus zuhöre, der dürfe keine Störungen verursachen. Er solle für keinen der Redner Partei nehmen, auch nicht für die Schwätzer und Witzbolde, indem er ein »leises Summen oder halbunterdrücktes Gelächter« von sich gebe. Außerdem müsse das Auditorium auch den Rednern zuhören, die rhetorisch nicht besonders begabt seien. Denn deren Ansicht könne trotz fehlender Brillanz beim Vortrag durchaus richtig sein. Manches verstehe das Auditorium auch erst im Laufe der Zeit, und andere Positionen, die ihm zunächst vertraut gewesen seien, müsse es aufgeben, weil sie nicht hinreichend durchdacht waren. Damit konzipiert von Rumohr Parlamentarier als Vordenker, die aufgrund ihrer Sachkompetenz ernst genommen werden müssen. Sie zu unterbrechen wäre ihrer Funktion

und Aufgabe unangemessen. Von den Menschen, die die parlamentarischen Debatten nicht verfolgten, verlangt von Rumohr, sie dürften nicht erwarten, dass Abgeordnete alles mit einem Zauberschlag richten könnten. Ein Haushaltsdefizit, zu hohe Kosten für die Staatsverwaltung oder Ähnliches ließen sich nicht abrupt beseitigen. Dies von Parlamentariern zu erwarten, sei unvernünftig. Außerdem machten auch Landtagsabgeordnete wie alle Menschen Fehler. Sie müssten zudem mit der Staatsverwaltung, die in den konstitutionellen Monarchien noch vom König und nicht vom Parlament abhängig war, in einem guten Einvernehmen stehen. Denn ein gegenseitiges Misstrauen zwischen Bürokratie und Landtag schaffe mehr Probleme, als es löse.

Allen wahlberechtigten Staatsbürgern empfahl von Rumohr daher, auf einen zwar langwierigen, aber sachorientierten politischen Prozess zu setzen. Die Höflichkeit des Wählers ist aus dieser Sichtweise vertrauensvolle Zurückhaltung, die des Parlamentariers die sachorientierte Debatte.



Ausschuss der Regionen: Heinz Lehmann zum Vorsitzenden der deutschen Delegation gewählt

Heinz Lehmann, CDU-Abgeordneter im Sächsischen Landtag, ist neuer Vorsitzender der deutschen Delegation im Europäischen Ausschuss der Regionen sowie Mitglied im Präsidium. Gewählt wurde er auf der ersten Sitzung der deutschen Delegation im Februar 2015 in Brüssel. Der Ausschuss der Regionen ist die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter (353 Mitglieder: Präsidenten, Bürgermeister, Abgeordnete) der Europäischen Union. Er berät die Institutionen der EU und ist u. a. bei Gesetzgebungsverfahren anzuhören. Ziel des Ausschusses ist es, die EU den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen.



Foto: © Committee of the Regions/Bob Van Mol



cor.europa.eu/de/

Schriftenreihe Heft 58: Gedenkschrift zur Veranstaltung am 27. Januar 2015 erschienen



Anlässlich der Gedenkveranstaltung an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2015 ist eine Dokumentationsbrochure entstanden. Neben den Ansprachen des Präsidenten des Sächsischen Landtags und des stellv. Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen trat die Neue Jüdische Kammerphilharmonie mit einem Gedenkkonzert mit Werken von Komponisten jüdischer Herkunft auf. Die Broschüre gibt die Veranstaltung in Text und Bild wieder. Die Publikation kann beim Sächsischen Landtag bestellt werden.

www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden,
PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

27.–30.04.2015
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen
finden wie folgt statt:

10.–11.06.2015
08.–09.07.2015
16.–17.09.2015
07.–08.10.2015
19.–20.11.2015
16.–17.12.2015

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regional-

fernsehen ausgestrahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag
Veranstaltungen,
Besucherdienst und
Publikationen
Bernhard-von-
Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst

Anmeldungen für die
Besucherbetreuung
und den Besuch von
Plenarsitzungen erfolgen
unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von
10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag

Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr
bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch
signierte sowie verschlüsselte
elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version
des Landtagskuriers finden
Sie unter
[www.landtag.sachsen.de/
Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Die Beiträge der Gast-
autoren geben nicht
zwangsläufig die Meinung
der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom
Sächsischen Landtag im
Rahmen der parlamentarischen
Öffentlichkeitsarbeit
herausgegeben. Die Abgabe
erfolgt kostenfrei. Eine
Verwendung für die eigene
Öffentlichkeitsarbeit von
Parteien, Fraktionen,
Mandatsträgern oder Wahl-
bewerbern – insbesondere
zum Zwecke der Wahl-
werbung – ist unzulässig,
ebenso die entgeltliche
Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Wolfgang Rausch, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 17.03.2015.

Gastautoren: Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, 09627 Bobritzsch; Prof. Dr. Josef Matzerath, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden